

Öffentliche Bekanntmachung

- 1. 03.02.2021** **Allgemeinverfügung § 28 Abs. 1 Satz 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) in Verbindung mit § 3 Absatz 2 Nummer 1 des Infektionsschutz- und Befugnisgesetzes NRW (IfSBG NRW) - Kinder der Enten- und Schneckengruppe und der Libellen- gruppe des Evangelischen Kitaver eins Gronau e.V. im Familien- zentrum Kradepohl, Kradepohlsmühlenweg 4, 51469 Bergisch Gladbach**

1. Allgemeinverfügung

An alle gesetzlichen Vertreter der Kinder der Enten- und Schneckengruppe und der Libellen- gruppe des Evangelischen Kitaver eins Gronau e.V. im Familienzentrum Kradepohl, Kradepohlsmühlenweg 4, 51469 Bergisch Gladbach sowie alle Mitarbeitenden der Einrich- tung.

Im Rahmen des pflichtgemäßen Ermessens erlässt das Gesundheitsamt des Rheinisch- Bergischen Kreises auf der Grundlage des § 28 Absatz 1 Satz 1 und 2 des Infektionsschutz- gesetzes (IfSG) in Verbindung mit § 3 Absatz 2 Nummer 1 des Infektionsschutz- und Befug- nisgesetzes NRW (IfSBG NRW) im Wege der Allgemeinverfügung folgende Regelungen:

1.
Gegenüber allen Kindern der Enten- und Schneckengruppe und der Libellen- gruppe des Evangelischen Kitaver eins Gronau e.V. im Familienzentrum Kradepohl, Kradepohlsmühlenweg 4, 51469 Bergisch Gladbach, die am 27.01.2021 die Einrichtung besucht haben, sowie alle an der Einrichtung tätigen Personen, die am 27.01.2021 die Kinder der Enten- und Schneckengruppe und der Libellen- gruppe betreut haben, wird ab dem 30.01.2021 ergänzend zur Allgemeinverfü- gung vom 28.01.2021 eine (erneute) Absonderung bis zum **10.02.2021** in häusli- cher Quarantäne angeordnet.

Es ist ihnen in dieser Zeit untersagt, ihre Wohnung ohne ausdrückliche Zustim- mung des Ordnungsamtes zu verlassen. Als Ausnahme zu der angeordneten Quarantäne ist die Fahrt zur Testung auf SARS-CoV-2 zugelassen.

2.
Die Dauer der hier angeordneten Quarantäne kann vorliegend nicht nach Maß- gabe des § 5 Abs.2 S.2 der Quarantäneverordnung NRW - QVONRW - durch ei- nen negativen PCR-Test oder Coronaschnelltest verkürzt werden.

Einer zusätzlichen individuellen behördlichen Anordnung für die Verpflichtung zur Quaran- täne bedarf es nicht. Das Gesundheitsamt des Rheinisch-Bergischen Kreises kann im Ein-

zelfall jedoch weitere Maßnahmen treffen. Die Einzelfallmaßnahmen gehen dieser Allgemeinverfügung vor. Die o.g. Regelung gilt insbesondere auch nicht für den festgestellten Infektionsfall. Die betroffene Indexperson befindet sich nach den Regelungen der Quarantäneverordnung NRW bereits von Rechts wegen in Quarantäne.

Diese Anordnung erfolgt aufgrund einer erneuten Bewertung des Infektionsgeschehens in der Einrichtung.

Nach der Vorgabe aus § 5 Abs.2 S.2 QVONRW besteht grundsätzlich die Möglichkeit, eine Quarantäne von Kontaktpersonen frühestens 10 Tage nach dem medizinischen Beginn der Quarantänezeit durch eine Testung mit einem negativen Ergebnis zu beenden.

Nach § 5 Abs.2 S. 5 QVONRW soll allerdings dann eine Verkürzung der Quarantänezeit nicht erfolgen, wenn dies nach den Empfehlungen des Robert-Koch-Institutes geboten ist. Im vorliegenden Fall liegt für den der hier angeordneten Quarantäne zugrunde liegenden Infektionsfall ein Nachweis einer SARS- CoV-2 Variante (Virusmutation) vor. Von dieser Virusvariante sind medizinische Einzelheiten - etwa zum Krankheitsverlauf, zur Ansteckungsfähigkeit und zur Inkubationszeit - noch nicht hinreichend bekannt. Nach Überzeugung der Gesundheitsbehörde geht aber von den genannten Virusvarianten eine besondere Gefährdung aus.

- vgl. https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Kontaktperson/Management.html -

Nach alledem kann eine Verkürzung der Quarantänezeit vorliegend nicht erfolgen.

Diese Allgemeinverfügung gilt gemäß § 41 Abs. 4 S. 4 VwVfG NRW mit dem auf die Bekanntmachung folgenden Tag als bekannt gegeben.

Die Allgemeinverfügung einschließlich ihrer Begründung liegt im Gesundheitsamt des Rheinisch-Bergischen Kreises, Dienstgebäude Am Rübezahwald 7, 51469 Bergisch Gladbach, aus und kann während der allgemeinen Dienstzeiten eingesehen werden.

Des Weiteren wird die Allgemeinverfügung auf der Internetseite des Kreises sowie der Internetseite der Einrichtung veröffentlicht.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Köln, Appellhofplatz, 50667 Köln, schriftlich einzureichen oder mündlich zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären. Die Klage kann auch durch Übertragung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts erhoben werden. Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet sein. Es muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 55a Absatz 4 VwGO eingereicht werden. Die für die Übermittlung und Bearbeitung geeigneten technischen Rahmenbedingungen bestimmen sich nach näherer Maßgabe der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung-ERVV) vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803).

Weitere Informationen zum elektronischen Rechtsverkehr erhalten Sie auf der Internetseite www.justiz.de.

Hinweis zum Rechtsbehelf:

Gemäß § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) in Verbindung mit § 16 Abs. 8 IfSG entfällt die aufschiebende Wirkung der Klage. Das bedeutet, dass der Bescheid auch dann rechtswirksam ist, wenn Klage erhoben wurde. Die kraft Gesetzes entfallende aufschiebende Wirkung eines Rechtsmittels kann gemäß § 80 Abs. 5 VwGO auf Ihren Antrag durch das Verwaltungsgericht, Appellhofplatz, 50667 Köln, ganz oder teilweise angeordnet werden.

Bergisch Gladbach, den 03.02.2021

Im Auftrag

gez. Dr. Sabine Kieth